

## Immer weniger Zeit für die Forschung?

Einige Daten und Überlegungen zur Lage der Professoren  
an den westdeutschen wissenschaftlichen Hochschulen

Uwe Schimank

In der hochschulpolitischen Diskussion wird vielfach davon ausgegangen, daß mit den stark gestiegenen Studentenzahlen und einer entsprechend gewachsenen Lehrbelastung für die Professoren immer weniger Zeit zur Forschung bleibt. Dies trifft, wie sich empirisch zeigen läßt, nicht zu. Die Professoren haben mehrere Wege gefunden, um ihren zeitlichen Lehraufwand zu reduzieren: insbesondere eine "Rationalisierung" der eigenen Lehrtätigkeit sowie die verstärkte Einbeziehung der Mitarbeiter in die Lehre.

Obwohl so der zeitliche Verdrängungsdruck auf die Forschung neutralisiert werden konnte, bleiben die Professoren aufgrund eines deutlich höheren Anspruchsniveaus mit der für die Forschung verfügbaren Zeit unzufrieden. Sie wollen mehrheitlich allerdings auch keine organisatorische Differenzierung von Lehre und Forschung, sondern halten am Status quo der Einheit von Lehre und Forschung fest, weil keiner von ihnen weiß, ob er nicht zu den Verlierern einer Neuregelung gehören könnte.

Die Mitte der siebziger Jahre einsetzenden und bis heute keineswegs verstummen, sondern lauter gewordenen Klagen über sich verschlechternde Forschungsbedingungen an den westdeutschen Hochschulen sind wohlbekannt.<sup>1</sup> Eine der wichtigsten Klagen lautet, daß an den Hochschulen, vor allem aufgrund einer zunehmenden Lehrbelastung durch die immer weiter gestiegenen Studentenzahlen, immer weniger Zeit für Forschungstätigkeiten verbleibe. In forschungspolitischen Diskussionen wird dies, wie andere Klagen auch, oft als feststehende Tatsache hingestellt, obwohl es keineswegs umfassend, differenziert und zuverlässig empirisch nachgewiesen ist. Der vorliegende Beitrag wendet die genannte Klage zunächst einmal zur Frage: Bleibt an den Hochschulen wirklich immer weniger Zeit für die Forschung? Diese Frage wird hier nicht für das gesamte wissenschaftliche Personal der Hochschulen gestellt, sondern nur für die Gruppe der Professoren - noch genauer: der Professoren an den staatlichen wissenschaftlichen Hochschulen Westdeutschlands.<sup>2</sup> Die Veränderung der zeitlichen Forschungsbedingungen dieser Professoren seit Mitte der siebziger Jahre wird im folgenden anhand der Ergebnisse einer eigenen empirischen Untersuchung und unter Rückgriff auf die Ergebnisse zweier früherer Untersuchungen beschrieben. Die sich dabei ergebenden Tatbestände werden sodann hinsichtlich ihrer Ursachen interpretiert: Was könnte die - soviel sei vorweggenommen: teilweise überraschenden - Entwicklungen erklären?

### **1 Die gängige Sichtweise: Zunehmende zeitliche Verdrängung der Forschung durch die Lehre**

Gegen Mitte der siebziger Jahre wurden die ersten deutlichen Klagen darüber artikuliert, daß die zunehmende Lehrbelastung an Hochschulen die Forschung verdränge. So hieß es etwa 1973 im Jahresbericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft:

"Durch das große Wachstum der Hochschulen, neue Strukturen, Studienreform, Zunahme der Lehre sind neue Bedingungen für die Forschung geschaffen worden. Bei der Forschungsgemeinschaft

---

<sup>1</sup> Anstelle zahlloser anderer Stellungnahmen siehe nur die 1988 erschienenen "Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den neunziger Jahren" (*Wissenschaftsrat 1988*), wo das Spektrum der debattierten Probleme noch immer am umfassendsten zum Ausdruck kommt.

<sup>2</sup> Aus der Betrachtung ausgeschlossen werden also die Hochschulen der ehemaligen DDR, die westdeutschen Privathochschulen und die Fachhochschulen. Aus der Gruppe der wissenschaftlichen Hochschulen werden ferner auch die pädagogischen Hochschulen und die Kunsthochschulen ausgeklammert.

haben die Anträge im Normalverfahren nicht in dem Umfang zugenommen, wie man nach dem Hochschulwachstum hätte erwarten müssen. Dies bedarf ernsthafterer Untersuchungen, vor allem um festzustellen, ob eine dauernde Schädigung der Hochschulforschung zu befürchten ist." (*Deutsche Forschungsgemeinschaft 1973, S. 12-13*).

Im selben Jahr wies einer der Redner auf der Jahrestagung des Hochschulverbandes warnend auf "... die perfide Neigung, der Lehre vor der Forschung ein uneingeschränktes Primat zu geben ...", hin (*Sinn 1973, S. 28*). Zwei Jahre später stellte die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) ihre Jahrestagung unter den provozierenden Titel: "Hochschulforschung - Luxus oder Lebensfrage?" (*Westdeutsche Rektorenkonferenz 1975*). Auch dort wurde neben anderen Problemen die zeitliche Verdrängung der Forschung durch die Lehre angesprochen.

Diese nur beispielhaft herausgegriffenen Äußerungen, die für viele andere stehen, setzten sich in den Folgejahren fort. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre gab es eine zeitweilige Beruhigung der Diskussion, weil man nach entsprechenden bildungspolitischen Prognosen der Kultusministerkonferenz (KMK) davon ausging, daß die Studentenzahlen spätestens gegen Mitte der achtziger Jahre rapide zurückgehen würden. Wenn die Hochschulen dann von der "Überlast", die sie durch einen Beschluß der WRK 1977 explizit als temporäres Opfer auf sich genommen hatten, befreit werden würden, wäre wieder mehr Zeit für die Forschung übrig. Diese Prognosen haben sich jedoch bis heute sämtlich als falsch erwiesen, so daß mittlerweile die Klagen über eine zeitliche Verdrängung der Forschung durch die Lehre beinahe noch häufiger sind als vor den kurzfristigen Hoffnungen auf ein baldiges Ende der "Überlast". Um nur noch ein weiteres Beispiel anzuführen: Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hans F. Zacher, geht in seiner 1992 verfaßten Bestandsaufnahme zur Lage der Forschung in der Bundesrepublik ganz selbstverständlich davon aus, daß die Professoren angesichts der großen Studentenzahlen "... ihre Arbeitskraft auf Lehre und Prüfungen verlagern und die Forschung - notgedrungen - entsprechend vernachlässigen ..." (*Zacher 1992, S. 17*).

Als empirischer Beleg dafür, daß den Professoren immer weniger Zeit für die Forschung verbleibt, werden gemeinhin die vorliegenden Daten über die Entwicklung der Studentenzahlen im Verhältnis zur Entwicklung der Anzahl der Lehrenden an den Hochschulen gewertet. Diese Gegenüberstellung ergibt ein sehr eindeutiges Bild. 1975 studierten an den wissenschaftlichen Hochschulen Westdeutschlands 675.257 Studenten, 1989 hingegen 1.128.300, also 67 % mehr (vgl. *Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 139*). Die Planstellen für wissenschaftliches Personal der wissenschaftli-

chen Hochschulen blieben hingegen 1975 und 1989 mit 54.200 bzw. 54.000 nahezu gleich; zwischenzeitlich war sogar ein Rückgang zu verzeichnen gewesen. Die - darin enthaltenen - Planstellen für Professoren nahmen im selben Zeitraum um 3 % von 20.400 auf 19.800 ab.<sup>1</sup> Während also die Studentenzahlen um zwei Drittel zunahmen, stagnierte die Anzahl der Lehrenden und ging die Anzahl der Professoren sogar leicht zurück. Die gleiche Anzahl Lehrender mußte immer mehr Studenten betreuen. Kamen 1975 durchschnittlich 12,5 Studenten pro Lehrenden, so waren es 1989 bereits 20,9; und während 1975 auf jeden Professor durchschnittlich 33,1 Studenten entfielen, waren es 1989 56,9.

Angesichts dieser Entwicklung des quantitativen Verhältnisses von Studenten zu Lehrenden bzw. Professoren erscheint der Schluß auf eine zeitliche Verdrängung der Forschung durch die Lehre eigentlich zwingend. Um so überraschender sind dann die nun zu schildernden empirischen Befunde.

## 2 Das Zeitbudget der Professoren seit Mitte der siebziger Jahre

Im Rahmen einer im WS 1990/91 im Auftrag des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung durch das Befragungsinstitut FORSA durchgeführten Professorenbefragung bot sich die Gelegenheit, die dargestellte gängige Sicht der Dinge empirisch zu überprüfen. Bereits im WS 1976/77 und im WS 1983/84 hatte das Allensbacher Institut für Demoskopie im Rahmen seiner umfangreichen Hochschullehrerbefragungen das Zeitbudget von Professoren an den westdeutschen Hochschulen ermittelt. Die Kölner Professorenbefragung griff diesen Aspekt auf, um herauszufinden, wie sich der Anteil der Forschungsaktivitäten an der Arbeitszeit der Professoren ab Mitte der siebziger Jahre verändert hatte.<sup>2</sup>

Das Zeitbudget von Professoren teilt sich in mehrere Arten von Tätigkeiten auf. Neben der Forschung stehen die Lehre einschließlich Studentenbetreuung und Abhaltung von Prüfungen, die hochschulische Selbstverwaltung einschließlich Lehrstuhlverwaltung sowie sonstige Dienstaufgaben und - im

---

<sup>1</sup> Diese Personaldaten (*Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1991, S. 218*) schließen die quantitativ allerdings marginalen Kunsthochschulen ein.

<sup>2</sup> Als deskriptiven Datenbericht zu dieser, neben dem Zeitbudget noch eine Reihe weiterer Aspekte erfassenden Untersuchung unter Einschluß des Vergleichs mit den relevanten Ergebnissen der Allensbacher Untersuchungen siehe *Schimank (1992)* - dort auch Näheres zur methodischen Anlage und Durchführung der Untersuchung. Alle im folgenden berichteten Daten aus dieser Untersuchung sowie den beiden Allensbacher Untersuchungen sind diesem Bericht entnommen.

Fall von Medizinern - die Patientenversorgung. Diese anderen Tätigkeiten beanspruchen zusammengenommen bei den meisten Professoren den weitaus größeren Teil ihrer Arbeitszeit. Im Durchschnitt konnte ein Professor 1990/91 nur in 28 % seiner Arbeitszeit Forschungsaktivitäten nachgehen.<sup>1</sup> Damit lag die Forschung klar hinter der Lehre, die durchschnittlich 42 % des Zeitbudgets beanspruchte. Bei den Medizinern, deren Forschungsanteil fast genau dem allgemeinen Durchschnitt entsprach, betrug der Anteil der Lehre allerdings nur 24 %, während die Patientenversorgung einen Anteil von 29 % hatte. Selbstverwaltungsaufgaben und sonstige Dienstaufgaben schließlich nahmen durchschnittlich jeweils 12 % der Arbeitszeit ein.<sup>2</sup>

Vergleicht man die fünf Fächergruppen miteinander, stellt man nur geringe Unterschiede der jeweiligen Durchschnittsanteile der Forschung am Zeitbudget der Professoren fest. Die Geistes- und Sozialwissenschaften lagen mit 25 % am niedrigsten; es folgten die Agrarwissenschaften mit 27 %, die Medizin mit 28 % und die Natur- und Ingenieurwissenschaften mit jeweils 30 %. Solche Durchschnittswerte lassen freilich die große Varianz der Zeitbudgets zwischen den Professoren nicht erkennen. Für die Forschung stellte sich diese Varianz so dar:

---

<sup>1</sup> Die folgenden Daten beruhen auf abgefragten subjektiven Einschätzungen, also nicht auf der Auswertung einer detaillierten Buchführung über die individuelle Zeitverwendung. Zweifellos sind damit Schätzfehler möglich - insbesondere solche, die auf bestimmten Verzerrungen der eigenen Wahrnehmung durch soziale Erwünschtheit und eigene Wünsche beruhen. Die beiden in diesem Zusammenhang wichtigsten Verzerrungstendenzen sind allerdings gegenläufig und können einander so wechselseitig ausgleichen: "Auf der einen Seite steigt die Wahrscheinlichkeit der Überschätzung der zeitlichen Dauer einer Tätigkeit mit der individuellen oder als allgemein angenommenen Wertschätzung für diese Tätigkeit. Die Zeit, die ... für Forschung verwendet wird, könnte aus diesem Grund eher überschätzt werden. Auf der anderen Seite ist es wahrscheinlich, daß die 'schlechte' Situation der Universität ... sich auch in dem eigenen Tagesablauf widerspiegeln sollte. Es käme in diesem Fall zu einer Unterschätzung der wirklichen Forschungsdauer." (*Ipsen/Portele 1976, S. 20*)

<sup>2</sup> Die verbleibenden 6 % stellen berechnungstechnisch den Anteil der Patientenversorgung am Zeitbudget der Gesamtheit der Professoren dar.

Anteil der Forschung an der Arbeitszeit (in %)	Anteil der Professoren (in %)
0 - 10	18
11 - 20	25
21 - 30	28
31 - 40	14
über 40	15

Fast ein Fünftel der Professoren sind also, freiwillig oder unfreiwillig, Wenigforscher, knapp ein Sechstel hingegen Vielforscher.

Die Angehörigen dieser beiden Extremgruppen unterscheiden sich nun nicht einfach in der Weise vom Durchschnitt aller Professoren, daß dem Mehr oder Weniger an Zeit für die Forschung ein entsprechendes Weniger bzw. Mehr an Zeit für die Lehre entspräche. Man stellt vielmehr fest, daß beide Gruppen sich in allen drei bzw. vier anderen Tätigkeiten vom Durchschnitt unterscheiden. Jemand, der wenig forschte, konnte also nicht nur für die Lehre, sondern auch für die Selbstverwaltung oder für sonstige Dienstgeschäfte sowie - bei Medizinern - für die Patientenversorgung einen überdurchschnittlichen Anteil seiner Arbeitszeit verausgaben; und entsprechend konnte das Zeitbudget eines Vielforschers unterdurchschnittliche Anteile aller dieser anderen Tätigkeiten aufweisen. Es bestand, mit anderen Worten, kein striktes zeitliches Nullsummenverhältnis zwischen Lehre und Forschung. Auch die anderen zwei bzw. drei Tätigkeiten konnten zeitlich im Vergleich zum Durchschnitt aller Professoren sowohl zugunsten der Forschung eingeschränkt als auch - freiwillig oder unfreiwillig - zu Ungunsten der Forschung ausgedehnt sein. Allerdings war der Lehranteil meist derjenige Faktor, der den größten Teil des Unterschieds zwischen Viel- bzw. Wenigforschern auf der einen und dem jeweiligen Durchschnitt auf der anderen Seite ausmachte.

Nach diesen Befunden über die Situation Anfang der neunziger Jahre kann man sich die zeitliche Entwicklung seit Mitte der siebziger Jahre vor Augen führen. Der Vergleich der Viel- bzw. Wenigforscher mit dem Durchschnitt deutet bereits darauf hin, daß eine zusätzliche zeitliche Beanspruchung durch die Lehre sich nicht automatisch in einem entsprechenden Rückgang der für Forschung verfügbaren Zeit niederschlagen muß. Die große Varianz der individuellen Zeitbudgets läßt zumindest als Möglichkeit erkennen, daß viele

Professoren über Spielräume bei der Gestaltung ihres Zeitbudgets verfügen und dadurch eine Erhöhung ihrer zeitlichen Lehrbelastung wenigstens teilweise abfangen können.

Der durchschnittliche Anteil der Forschungsaktivitäten an der Arbeitszeit der westdeutschen Professoren entwickelte sich - stellt man den Ergebnissen der Kölner Befragung die entsprechenden Ergebnisse der beiden Allensbacher Befragungen gegenüber - in den einzelnen Fächergruppen sowie für die Gesamtheit der Professoren wie folgt:

Fächergruppe	Forschungsanteil (in %)		
	1976/77	1983/84	1990/91
Geistes- u. Sozialwissenschaften	21	23	25
Agrarwissenschaften	26	25	27
Medizin	23	25	28
Ingenieurwissenschaften	25	28	30
Naturwissenschaften	26	32	30
Gesamt	23	27	28

Die Professoren konnten also in allen Fächergruppen den zeitlichen Anteil der Forschung seit Mitte der siebziger Jahre ausdehnen - nur sehr geringfügig in den Agrarwissenschaften, aber um jeweils vier bis fünf Prozentpunkte in den anderen vier Fächergruppen. Von insgesamt durchschnittlich 23 % im WS 1976/77 auf insgesamt durchschnittlich 28 % im WS 1990/91 fand eine Erhöhung um immerhin ein Fünftel statt.<sup>1</sup> Der diesbezüglich die forschungspolitischen Debatten beherrschende Topos einer zunehmenden zeitlichen Verdrängung der Forschung durch die Lehre stellt also nach diesen Daten, so plausibel er auch auf den ersten Blick klingt, die tatsächlichen Verhält-

<sup>1</sup> Neben den bereits erwähnten Agrarwissenschaften, bei denen sich dieser allgemeine Trend nur sehr abgeschwächt zeigt, weisen auch die Naturwissenschaften insofern eine Besonderheit auf, als deren Forschungsanteil zwischenzeitlich im WS 1983/84 sogar höher lag als dann im WS 1990/91. Sie haben sich also in dieser Hinsicht offenbar wieder leicht verschlechtert.

nisse geradezu auf den Kopf. Diese empirischen Befunde werfen die Frage auf, welche möglichen Erklärungen es dafür gibt, daß trotz des sehr ungünstig gewordenen quantitativen Verhältnisses zwischen Studenten und Lehrenden der Anteil der Forschung am Zeitbudget der Professoren sogar größer geworden ist.

### **3 Determinanten des Forschungsanteils am Zeitbudget der Professoren**

Soviel ist klar: Die dargestellten empirischen Befunde zeigen, daß das quantitative Verhältnis von Studenten zu Lehrenden bzw. Professoren nicht allein determinieren kann, wieviel Zeit die Professoren für ihre Forschungsaktivitäten zur Verfügung haben. In der Tat lassen sich mehrere weitere Determinanten des Anteils der Forschung an der Arbeitszeit von Professoren identifizieren; und man kann zumindest Vermutungen darüber anstellen, ob und in welchem Maße diese anderen Faktoren jeweils dazu beigetragen haben könnten, daß die Professoren Anfang der neunziger Jahre nicht weniger forschten als Mitte der siebziger. Fünf Determinanten werden nun näher betrachtet:

- die Nachfrage nach Lehre;
- die Angebots- und Durchführgestaltung der Lehre;
- die Abwälzung von Lehraufgaben auf wissenschaftliche Mitarbeiter;
- die Durchführgestaltung anderer Dienstaufgaben und
- die Länge der Arbeitszeit der Professoren.

Bezüglich der zweiten, dritten und vierten Determinante kann jeweils auf Erkenntnisse zurückgegriffen werden, die aus etwa 40 im WS 1991/92 und im SS 1992 durchgeführten Leitfadenterviews mit in erheblichem Maße Forschung betreibenden Professoren aus den verschiedenen Fächergruppen stammen.

Eine Zunahme der Studentenzahlen bedeutet noch keine entsprechende Zunahme der Nachfrage nach Lehre. Der Zusammenhang beider Faktoren ist vielmehr durch eine gewisse Elastizität gekennzeichnet. Wenn beispielsweise - aus welchen Gründen auch immer - die Wißbegier der Studenten von Kohorte zu Kohorte immer weiter stiege und dadurch die Lehrenden immer mehr gefordert würden, wäre vorstellbar, daß trotz gleichbleibender Studentenzahl die effektive Nachfrage nach Lehre zunähme. Im betrachteten Zeitraum war allerdings wohl eher das Gegenteil der Fall. Gerade seit Mitte der siebziger Jahre dienten die Hochschulen, worauf gelegentlich kritisch hingewiesen wurde, auch als sozialpolitische Pufferzone. Das wurde teils durch verschlechterte Arbeitsmarktchancen für die Absolventen bestimmter Stu-



diengänge, teils durch die persönliche Ablehnung einer möglichst schnellen beruflichen Karriere auf seiten eines Teils der Studenten hervorgerufen. Je länger jemand als Student eingeschrieben war, desto später wurde er formell arbeitslos, und desto länger konnte er die mit dem Studentenstatus verbundenen sozialpolitischen Vergünstigungen - z.B. bei der gesetzlichen Krankenversicherung -<sup>1</sup> in Anspruch nehmen. Wer den Studentenstatus primär so nutzte, fragte kaum durch den Besuch von Lehrveranstaltungen Lehrleistungen nach.

Eine Studie der Kienbaum Unternehmensberatung ging - sicher etwas zu pauschal, aber im Ansatz zutreffend - davon aus, daß Studenten jenseits des 14. Semesters mit hoher Wahrscheinlichkeit solche Schein-Studenten seien, und stellte unter Ausklammerung dieser Gruppe weit geringere Zuwächse der Studentenzahlen fest (vgl. *Kienbaum 1992, S. 3 - 4*). So wuchsen die Zahlen der Studenten im 1. bis 14. Semester zwischen dem WS 1983/84 und dem WS 1988/89 - also in der zweiten Hälfte des hier betrachteten Zeitraums - nur noch um 10,5 %, während die Zahl aller Studenten um 16 % zunahm. Etwa ein Drittel des Wachstums der Studentenzahlen schlug sich somit nicht als Lehrnachfrage nieder. Könnte man dies zumindest als Faustformel für den gesamten betrachteten Zeitraum ansetzen, hieße das, daß die Lehrnachfrage nicht um zwei Drittel, sondern nur um weniger als die Hälfte gestiegen wäre.

Auch wenn diese quantitative Schätzung noch recht grob bleiben muß, läßt sich konstatieren, daß die Nachfrage nach Lehre zwar sicherlich nicht so stark wie die Studentenzahlen, aber immer noch erheblich angestiegen ist. Wenn die Professoren, wie festgestellt, dennoch nicht immer weniger, sondern sogar immer mehr Zeit für Forschung hatten, müssen weitere Determinanten eine Rolle spielen. Eine davon ist die Angebots- und Durchführungs-gestaltung der Lehre auf seiten der Professoren. Dieser Gestaltungsspielraum schafft, ebenso wie die weiteren noch anzusprechenden Determinanten, Elastizitäten im Zusammenhang zwischen der Nachfrage nach Lehre und der Lehrbelastung der Professoren.

Hier ist zunächst bedeutsam, daß bei einem Teil der Lehre der Aufwand unabhängig von der Anzahl der nachfragenden Studenten ist. Das gilt vor allem für Vorlesungen sowie in erheblichem Maße auch für die Vorbereitung

---

<sup>1</sup> Siehe etwa die - natürlich schwer belegbare - Behauptung in *DER SPIEGEL 1991,50*, zehntausende Studenten seien "... an den staatlichen Hochschulen bloß des günstigen Krankenversicherungstarifs wegen eingeschrieben."

von Lehrveranstaltungen. Die Zunahme der Nachfrage nach Lehre seit Mitte der siebziger Jahre hat sich auf diesen Teil der Lehre nicht aufwandserhöhend ausgewirkt. Im Gegenteil geben manche Professoren sogar zu, daß bei Massenvorlesungen der Vorbereitungsaufwand geringer geworden ist. Denn zum einen müssen die Professoren dort kaum noch mit Rückfragen von seiten der Studenten rechnen, wodurch ein wichtiger Sanktionsmechanismus gegen Nachlässigkeit - die Gefahr der öffentlichen Blamage - ausfällt. Zum anderen ist nach Einschätzung dieser Professoren mit den zunehmenden Studentenzahlen das intellektuelle Niveau des Gros der Vorlesungsbesucher so niedrig, daß ohnehin keine sehr komplizierten Sachverhalte mehr vermittelt werden können. Eine "Entwissenschaftlichung" der Hochschullehre, die in vielen Fällen "längst Fachhochschulaufgaben übernommen" habe und für die Professoren entsprechend unaufwendig sei, wird von nicht wenigen Hochschullehrern konstatiert.

Bei dem anderen Teil der Lehrtätigkeit, der sich aus Seminaren, Übungen, Sprechstunden und Prüfungen zusammensetzt, macht sich ein Wachstum der Nachfrage hingegen durchaus bemerkbar, kann jedoch in gewissem Maße durch eine Reihe von individuellen Strategien der "Rationalisierung" abgemildert werden.<sup>1</sup> Ein Professor kann seine Sprechstundenzeiten reduzieren, also die Betreuung der Studenten einschränken. Er kann weniger Zeit in die Vorbereitung seiner Lehrveranstaltungen investieren, also seine Qualitätsansprüche senken oder häufiger dieselben Veranstaltungen kaum verändert wieder anbieten. Wenn es in paradigmatisch konsolidierten Wissensgebieten mit langsamem Wissensfortschritt um die Vermittlung hochgradig standardisierten Wissens geht, kann der Vorbereitungsaufwand gegen Null gehen, ohne daß darunter die Qualität der Lehre merklich leidet. Ist das zu vermittelnde Wissensgebiet umgekehrt noch kaum kanonisiert, kann ein Professor in gewissem Maße auch seine jeweils aktuellen Forschungsthemen in Lehrveranstaltungen einbringen und dadurch sowohl seinen Vorbereitungsaufwand reduzieren als auch die Lehre zur Anregung der eigenen Forschung nutzen. Mit zunehmender Spezialisierung der Forschung wird das freilich immer schwieriger, weil dadurch generell die Schnittmenge zwischen Forschungsinteressen und Lehraufgaben immer kleiner wird, wodurch die Lehr-

---

<sup>1</sup> Darüber hinaus gibt es natürlich vielfältige Maßnahmen zur "Rationalisierung" der Lehre, die nicht ins Belieben der einzelnen Professoren gestellt sind - wie Veränderungen der Studien- und Prüfungsordnungen. Solche Maßnahmen wurden jedoch im betrachteten Zeitraum zwar immer wieder vehement gefordert, aber kaum bildungspolitisch in die Tat umgesetzt - sieht man von Einzelfällen wie der Einführung der Multiple-choice-Tests bei den Medizinerprüfungen ab.

belastung sogar schon bei gleichbleibender Nachfrage steigt.<sup>1</sup> Schließlich kann auch bei den Prüfungen angesetzt werden: durch die im Rahmen der Prüfungsordnung mögliche Senkung von Leistungsansprüchen, wodurch weniger Studenten in Prüfungen scheitern und dann die zur Zulassung erforderlichen Lehrveranstaltungen und die betreffenden Prüfungen selbst nicht nochmals durchlaufen müssen; durch "Rationalisierung" der Prüfungen bis hin zu Multiple-choice-Tests; oder durch die Substitution einer umfassenden Zwischenprüfung am Ende des Grundstudiums durch Teilprüfungen am Ende jedes Semesters, wodurch jemand nicht bestandene Teilprüfungen schneller wiederholen kann und nicht die gesamte Vorlesungssequenz des Grundstudiums aufs neue durchlaufen muß. Den gleichen Effekt kann eine Steigerung der didaktischen Qualität der Lehre haben. Das mag zwar kurzfristig einen erhöhten zeitlichen Vorbereitungsaufwand mit sich bringen, kann sich aber längerfristig so auswirken, daß die durchschnittliche Verweildauer der Studenten in bestimmten Studienabschnitten und damit die Belastung der dort tätigen Lehrenden gesenkt wird.

Daß derartiges im betrachteten Zeitraum stattgefunden hat, geht aus Leitfadenterviews hervor. Solche Strategien der "Rationalisierung" der eigenen Lehre sind zweifellos naheliegende Formen der Abmilderung einer immer weiter steigenden Lehrbelastung. Ein wie hohes Ausmaß an zusätzlicher Lehrbelastung so hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die eigene Zeit für Forschung neutralisiert werden kann, ist von Fall zu Fall sehr verschieden und kann daher im Aggregat kaum abgeschätzt werden. Im positivsten Fall konnte ein Professor durch geeignete derartige Maßnahmen trotz gesteigerter effektiver Nachfrage nach Lehre den Anteil der Forschung am eigenen Zeitbudget einigermaßen konstant halten; im negativsten Fall dürfte die Nachfrage nach Lehre so stark angestiegen sein, daß man solche Strategien der "Rationalisierung" allein dafür brauchte, um trotz eines weitgehenden Opfern von zuvor für Forschung verfügbarer Zeit die Lehrbelastung bewältigen zu können. Wie stark diese Determinante der für die Forschung verfügbaren Arbeitszeit im betrachteten Zeitraum insgesamt ins Gewicht fiel, muß offen bleiben.

Neben einer "Rationalisierung" der eigenen Lehre haben Professoren, wenn sie die ihnen selbst zur Verfügung stehende Zeit für Forschung erhalten oder sogar vergrößern wollen, auch die Möglichkeit, das durch teilweise

---

<sup>1</sup> Siehe auch die Äußerung des Mikrobiologen Hans Zähler in der Frankfurter Rundschau vom 21.3.1978: "Je weiter die Forschung voranschreitet, um so weiter klaffen die von einem Hochschullehrer in der Lehre vertretenen und die forschend bearbeiteten Gebiete auseinander."

Verlagerung von Lehraufgaben auf ihre Assistenten und sonstigen wissenschaftlichen Mitarbeiter zu tun. Im WS 1976/77 wendeten die wissenschaftlichen Mitarbeiter im weitesten Sinne etwa einen doppelt so hohen Anteil ihres Zeitbudgets für Forschungstätigkeiten auf als die Professoren. Deren Anteil von 23 % standen Anteile von 41 % bei den Assistenten und 55 % bei den wissenschaftlichen Angestellten gegenüber; selbst die speziell für Lehraufgaben geschaffene Gruppe der akademischen Räte hatte zumindest einen gleich hohen Forschungsanteil wie die Professoren (vgl. *Infratest 1977, S. 79*).<sup>1</sup> Zudem lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter im weitesten Sinne Mitte der siebziger Jahre wohl deutlich unter der der Professoren. 1972 zumindest arbeiteten erstere in der Woche durchschnittlich zehn Stunden weniger als letztere (vgl. *Ipsen/Portele 1976, S. 40-41*). Durch beide Tatbestände war, in Verbindung mit dem formellen und informellen Einfluß der Professoren auf die ihnen zugeordneten wissenschaftlichen Mitarbeiter, die Möglichkeit der Verlagerung von Lehraufgaben gegeben. Das Zeitbudget der wissenschaftlichen Mitarbeiter vertrug eine Umschichtung zuungunsten der Forschung besser als das der Professoren; und je weitgehender die wissenschaftlichen Mitarbeiter auf die dadurch erhöhte Lehrbelastung mit einer Verlängerung ihrer eigenen Arbeitszeit reagieren konnten, wofür bei ihnen ebenfalls noch mehr Spielraum als bei den Professoren bestand, desto weniger war sogar eine solche Umschichtung nötig.

Daß eine zunehmende Abwälzung von Lehraufgaben auf wissenschaftliche Mitarbeiter im betrachteten Zeitraum stattfand, geht ebenfalls aus den Leitfadeninterviews hervor. Dabei werden nicht nur die eigenen Assistenten, sondern durchaus auch - entgegen den Vorschriften - Drittmittelbeschäftigte eingesetzt. Zur Betreuung von Übungen wird überdies verstärkt auch auf Hauptstudiumsstudenten zurückgegriffen. Zu den auf die Assistenten übertragenen Lehraufgaben gehört oftmals auch die Korrektur von Klausuren und sogar Abschlußarbeiten<sup>2</sup>; daß das zumindest bei letzteren heikel sein kann, wenn die Studenten dies wissen und als rechtlichen Anfechtungsgrund gegen Prüfungsnoten benutzen, hält andere Professoren davon ab. In welchem Maße all diese nicht neuen, aber offenbar verstärkt eingesetzten Praktiken der Verlagerung von Lehraufgaben dazu beigetragen haben, zu verhin-

---

<sup>1</sup> Für das Jahr 1972 gibt es ähnliche Befunde (*Ipsen/Portele 1976, S. 41-45*).

<sup>2</sup> Siehe auch die Stellungnahme von Ulrich Matz, Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, daß Professoren, die über 70 Diplomarbeiten gleichzeitig betreuen müßten, natürlich selbst nur stichprobenartig in die Arbeiten hineinschauen könnten und die Begutachtung faktisch ihren Mitarbeitern überlassen müßten (*DER SPIEGEL vom 21.11.1988*).

dern, daß die Professoren immer weniger forschen konnten, läßt sich wiederum nicht abschätzen.

Für Reaktionen der Verlagerung auf wissenschaftliche Mitarbeiter und der "Rationalisierung" kommt die Lehre deshalb am stärksten in Betracht, weil sie im Zeitbudget der Professoren die umfangreichste Tätigkeit ist. Auch bezüglich der Selbstverwaltung und der sonstigen Dienstaufgaben sind zwar beide Arten von Reaktionen möglich - jedoch mit weitaus geringerem Effekt. Daß von seiten der Professoren immer wieder mit gleicher Intensität wie über die Studentenzahlen über die zeitraubende "Bürokratisierung" und Gremientätigkeit geklagt wird, spiegelt daher nicht so sehr die reale Bedeutsamkeit dieser - zusammengenommen ja nur ein Fünftel des Zeitbudgets ausmachenden - anderen Tätigkeiten wider als vielmehr das damit verbundene hohe psychische Unbehagen, das es in dem Ausmaß bei der Lehre nicht gibt. Da gerade forschungsinteressierte Professoren die Selbstverwaltung deshalb mehrheitlich immer schon soweit wie möglich gemieden hatten, hatten sie dort kaum noch für die Forschung nutzbar zu machende Zeitereserven. Im Gegenteil: Wer bei einer sich verknappenden Grundausrüstung und der schwieriger werdenden Akquisition von Drittmitteln die eigenen Forschungskapazitäten erhalten oder gar ausbauen wollte, mußte sich notgedrungen mehr um ihn direkt oder indirekt betreffende Ressourcenentscheidungen in der Selbstverwaltung und um mit der Drittmittelakquisition verbundene sonstige Dienstaufgaben kümmern. Damit bot die Gestaltung der anderen Arten von Tätigkeiten den Professoren wohl nur geringe Möglichkeiten der Abwälzung oder "Rationalisierung".

Ähnliches gilt schließlich auch für die Länge der Arbeitszeit der Professoren. Länger zu arbeiten, um so trotz einer gestiegenen eigenen Lehrbelastung den Anteil der Forschung am Zeitbudget halten zu können, dürfte nur in geringem Maße möglich gewesen sein. 1972 ergab eine Untersuchung von Professoren aus 11 Fächern eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 65,1 Stunden (vgl. *Ipsen/Portele 1976, S. 23*). Im WS 1976/77 arbeiteten die Professoren durchschnittlich mehr als 60 Stunden in der Woche (vgl. *Noelle-Neumann 1980, S. 44*).<sup>1</sup> Daß die besonders stark in der Forschung Engagierten durchschnittlich fast 70 Wochenstunden arbeiteten, zeigt, daß eine Extensivierung des Arbeitstages tatsächlich betrieben wurde, um den Zeitanteil der Forschung hochzutreiben bzw. - gegen Verdrängungsdruck - zumindest zu halten. Zugleich läßt sich an den Daten allerdings ablesen, daß

---

<sup>1</sup> Selbst wenn man eine gewisse Übertreibung im Antwortverhalten einkalkuliert, war die Extensivierung des Arbeitstages damit schon sehr weit getrieben.

diese Möglichkeit, einer zeitlichen Verdrängung der Forschung entgegenzuwirken, wohl schon Anfang der siebziger Jahre weitgehend ausgereizt war.

Insgesamt scheiden damit von den betrachteten fünf Determinanten die beiden letztgenannten als Erklärungsfaktoren dafür, daß die Professoren trotz eines deutlich ungünstiger gewordenen quantitativen Verhältnisses von Studenten zu Lehrenden bzw. Professoren den Anteil der Forschung an der eigenen Arbeitszeit erhöhen konnten, weitgehend aus. Der empirische Befund muß also auf das Zusammenwirken der anderen drei Determinanten zurückgeführt werden: ein Nachhinken der Nachfrage nach Lehre hinter den Studentenzahlen, eine "Rationalisierung" bei der Angebots- und Durchführungsgestaltung der eigenen Lehre sowie eine Verlagerung von Lehraufgaben auf wissenschaftliche Mitarbeiter. Das relative Gewicht dieser drei Determinanten variierte, wie die Leitfadenterviews mit den Professoren zeigen, individuell erheblich. Welches relative Gewicht jede der Determinanten insgesamt hatte, läßt sich auf der Basis verfügbarer empirischer Daten nicht einschätzen.

#### **4 Die Unzufriedenheit der Professoren mit ihrem Zeitbudget**

Hinsichtlich ihrer zeitlichen Forschungsbedingungen haben die Professoren also keinen Grund, über eine Verschlechterung seit Mitte der siebziger Jahre zu klagen. Das Anspruchsniveau eines Menschen bezüglich bestimmter eigener Handlungsmöglichkeiten - hier: der Forschungschancen - bestimmt sich freilich nicht nur aus dem Vergleich mit der Vergangenheit, sondern darüber hinaus aus diesbezüglichen normativen Vorstellungen, an denen man nicht selten auch kontrafaktisch festhält. Letzteres geschieht insbesondere unter zwei Umständen: erstens, wenn eine solche Sollensvorstellung auch dem eigenen Willen entspricht; und zweitens, wenn darüber hinaus vergleichbar erscheinende andere vorhanden sind, die, ohne daß es dafür eine als gerechtfertigt erscheinende Begründung gibt, hinsichtlich der betreffenden Handlungsmöglichkeiten erheblich besser gestellt sind. Dann verbinden sich eigene Wünsche mit Gerechtigkeitsforderungen zu einer höchst stabilen Unzufriedenheit, die nicht in eine allmähliche Anpassung der Sollensvorstellung an die dahinter zurückbleibende Realität übergeht.

Diesem generellen sozialpsychologischen Muster entspricht die Situation der Professoren bezüglich ihrer zeitlichen Forschungsbedingungen. Zwar verschlechtert sich ihre Lage in dieser Hinsicht nicht immer mehr - doch sie sind auch nach den tatsächlichen Verbesserungen noch immer sehr weit von ihren Wunschvorstellungen entfernt. Der gewünschte Anteil für Forschung lag im WS 1990/91 mit durchschnittlich 44 % um 16 Prozentpunkte über

dem tatsächlichen. Die Professoren wünschten sich also eine Steigerung ihrer zeitlichen Forschungskapazität um mehr als die Hälfte. Diese Schere zwischen "Wollen" und "Können" hat sich seit Mitte der siebziger Jahre zwar verringert. Der von den Professoren gewünschte Anteil der Forschung am Zeitbudget lag im WS 1976/77 bei durchschnittlich 45 %, im WS 1983/84 bei durchschnittlich 47 % - also jeweils leicht über dem im WS 1990/91 gewünschten Anteil. Die Unzufriedenheit blieb dennoch auch Anfang der neunziger Jahre beträchtlich.

Um die gewünschte Erhöhung des Forschungsanteils am Zeitbudget zu erreichen, wollten die Professoren im übrigen nicht etwa den Anteil der Lehre entsprechend zurückschrauben. Dieser sollte 1990/91 vielmehr bei 39 %, also nur 3 Prozentpunkte unter dem tatsächlichen Anteil liegen. Stattdessen sollten die Selbstverwaltungsaufgaben sowie die sonstigen Dienstaufgaben jeweils um knapp die Hälfte auf 7 % bzw. 6 % schrumpfen. Nach den Wunschvorstellungen der Professoren besteht also keine Nullsummenkonkurrenz zwischen Lehre und Forschung; und beide Tätigkeiten sollen zeitlich in etwa gleichrangig sein. Wie utopisch auch immer das angesichts der schon eine ganze Weile anhaltenden bildungs- und finanzpolitischen Zwänge anmuten mag: So verstehen die Professoren ganz offensichtlich in zeitlicher Hinsicht die normative Vorstellung von der "Einheit von Forschung und Lehre". Von einer in hochschulpolitischen Debatten gelegentlich unterstellten weitgehenden Unwilligkeit zur Lehre kann auf seiten der Professoren daher keine Rede sein. Um so mehr dürfte es sie treffen, wenn sie sich mit den Inhabern entsprechender Positionen in staatlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen - Direktoren von Max-Planck-Instituten, Fraunhofer-Instituten und Instituten der "Blauen Liste" oder Institutsleitern in Großforschungseinrichtungen - vergleichen. Denn während diese Direktoren und Institutsleiter fast immer stark reduzierte - meist gar keine - Lehrverpflichtungen haben, wird den Professoren nicht einmal das von ihnen gewünschte und ihnen ihrer Auffassung nach gemäß der "Einheit von Forschung und Lehre" auch zustehende "Halbe/Halbe" von Lehre und Forschung zugestanden.

Im Gegenteil müssen die Professoren sich mittlerweile auch noch ausgenutzt vorkommen. Denn 1977 erklärte die WRK in ihrer Zustimmung zum "Öffnungsbeschluß" der KMK die Bereitschaft des gesamten Lehrpersonals der Hochschulen und der Professoren im besonderen, durch zeitweilig erhöhte Lehrleistungen die "Überlast" an Studenten ohne entsprechenden Zuwachs an Lehrpersonal zu bewältigen. Mittlerweile ist die "Überlast" zur nicht einmal gleichbleibenden, sondern sich sogar weiter erhöhenden "Normallast" geworden. Doch anstatt die bisherige Opferbereitschaft der Hochschulen dadurch zu würdigen, daß spätestens jetzt, wie von der Hochschulrektoren-

konferenz schon 1992 gefordert (*Hochschulrektorenkonferenz 1992*), massiv Stellen für zusätzliches Lehrpersonal bereitgestellt werden, wird von staatlicher Seite angesichts fiskalischer Zwänge umgekehrt daran gedacht, weitere Opfer zu erzwingen. Im Land Baden-Württemberg wurde im selben Jahr ernsthaft eine Erhöhung des Lehrdeputats der Professoren auf zehn anstatt bisher acht Semesterwochenstunden ins Auge gefaßt (vgl. *Rhein-Neckar-Zeitung vom 22.5.1992*); und Baden-Württemberg wäre damit wohl lediglich der Vorreiter gewesen, dem bald alle anderen Ländern, vermutlich auf der Basis eines gemeinsamen Beschlusses der KMK, nachgefolgt wären, wenn dieses Vorhaben nicht aus anderen Gründen wieder aufgegeben worden wäre.<sup>1</sup> Die Folgen dessen für das Zeitbudget der Professoren wären dramatisch. Der Anstieg der Lehrleistungen um ein Viertel liefe darauf hinaus, daß die Professoren durchschnittlich nicht mehr 42 %, sondern etwa 52 % ihrer Arbeitszeit für die Lehre aufbringen müßten. Der Anteil der Forschung ginge, da bei den anderen Tätigkeitsarten vermutlich kaum noch "Rationalisierungsreserven" vorhanden sind, entsprechend auf durchschnittlich 18 % zurück und läge damit wohl deutlich unterhalb des erforderlichen Minimums für eigenständige innovative Forschung. Die "Einheit von Forschung und Lehre" stünde dann tatsächlich bloß noch auf dem Papier. Forschung fände fast nur noch außerhalb der Hochschulen statt.

Wie stellen sich die Professoren zu diesen keineswegs erst mit der genannten baden-württembergischen Initiative sichtbar gewordenen Tendenzen? Das Problem der Professoren ist, daß es für das, was sie wollen, keine einfache Lösung gibt. Auf der einen Seite mußten sie hautnah erfahren, daß die "Einheit von Forschung und Lehre" keine Gleichrangigkeit beider Tätigkeiten bedeutet, sondern für die zuständigen staatlichen Instanzen, die politischen Parteien und die großen gesellschaftlichen Interessengruppen eine klare Rangordnung besteht. Die Hochschulen sind demzufolge in erster Linie Ausbildungs- und erst in zweiter Linie Forschungsstätten. Die "Einheit von Forschung und Lehre" läuft dann in zeitlicher Hinsicht <sup>2</sup> darauf hinaus, daß die Forschung gewissermaßen "Resteverwerter" der Lehre ist. Denn daß nicht festgelegt ist, welchen Anteil der Arbeitszeit Forschung und Lehre jeweils beanspruchen dürfen, vielmehr ein "common pool" beider Tätigkeiten etabliert ist, heißt: Die Lehre als diejenige Tätigkeit, deren Ansprüche faktisch

---

<sup>1</sup> Informell gab es solche von staatlicher Seite erzwungenen Deputatserhöhungen sogar schon früher in Hamburg und womöglich auch noch anderswo. Die Hamburger Professoren erhielten Mitte der achtziger Jahre ein Schreiben des Wissenschaftssenators, der sie vor die Wahl stellte, entweder freiwillig neun anstatt bisher acht Semesterwochenstunden Lehre anzubieten oder eine förmliche Deputatserhöhung hinnehmen zu müssen.

<sup>2</sup> Ebenso wie übrigens für die Ressourcen der Grundausstattung.



die dominanten sind, kann sich auf Kosten der Forschung ausbreiten. Dem könnte nur durch eine strikte Separierung von Forschung und Lehre Einhalt geboten werden. Auf der anderen Seite ist genau das, wenn es rigoros in Form einer Auslagerung der Forschung aus den Hochschulen in die staatlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen vollzogen wird, für die Mehrzahl der Professoren eine noch größere Bedrohung ihrer Forschungsmöglichkeiten als eine Hintanstellung der Forschung gegenüber dem Zeitbedarf der Lehre. Denn die Ungewißheit, ob man bei einer Auslagerung der Forschung nicht zum Gros derjenigen Professoren gehören würde, die an den Hochschulen verbleiben und fortan nur noch lehren müßten, wäre bei den meisten Professoren groß. Diese Gefahr, selbst zu den Verlierern eines insgesamt der Forschung zugutekommenden Revirements zu gehören, läßt viele Professoren dann doch wieder in Richtung des Status quo, obwohl er von ihnen klar als unbefriedigend eingestuft wird, neigen.

Diese Ambivalenz spiegelt sich in den Einschätzungen der Professoren darüber wider, wie sich das Verhältnis von Forschung und Lehre zukünftig faktisch entwickeln wird, und wie es sich nach ihrer Meinung entwickeln sollte. In beiden Allensbacher Hochschullehrerbefragungen und in der Kölner Professorenbefragung wurden den Professoren vier Modelle einer zukünftigen Entwicklung der Hochschulforschung vorgestellt:

Modell 1 (**Status quo**): "Forschung und Lehre werden im wesentlichen betrieben wie heute: Jeder Hochschullehrer hat neben seiner Forschung ein bestimmtes Maß an Lehrverpflichtungen."

Modell 2 (**Forschungshochschulen**): "Es gibt verschiedene Hochschultypen: An den 'normalen' Hochschulen wird im wesentlichen gelehrt, die Forschung hat eine geringere Bedeutung. In 'Graduate Schools' nach amerikanischem Muster wird Lehre nur noch für Graduierte betrieben, während das Schwergewicht auf der Forschung liegt."

Modell 3 (**Forschungsprofessuren**): "Innerhalb der Hochschulen ergeben sich Differenzierungen: Viele Hochschullehrer widmen sich überwiegend der Lehre, während eine andere Gruppe sich vorwiegend auf die Forschung konzentriert."

Modell 4 (**Auslagerung der Forschung**): "Die Forschung verlagert sich mehr und mehr aus den Hochschulen in 'reine' Forschungsinstitute, etwa nach dem Muster der heutigen Max-Planck-Institute."

Die Einschätzungen im WS 1976/77 und im SS 1990/91 differierten erheblich:

	Anteil der Professoren, die ..... als realistisch erwarten (in %)		Anteil der Professoren, die ..... für wünschens- wert erachten (in %)	
	1976/77	1990/91	1976/77	1990/91
Modell 1	24	61	64	51
Modell 2	23	6	14	17
Modell 3	20	17	17	23
Modell 4	33	11	5	5
keine Angabe	-	4	-	4

Zu beiden Zeitpunkten war der Status quo die von den meisten präferierte Möglichkeit. Darin drückt sich die Einschätzung der Mehrzahl der Professoren aus, individuell nicht zu den Nutznießern eines dieser drei in zeitlicher Hinsicht der Forschung zugutekommenden Alternativmodelle - wenn es institutionalisiert würde - zu gehören. Aber die Proponenten des Status quo haben sich seit Mitte der siebziger Jahre von knapp zwei Dritteln auf nur noch gerade die Hälfte aller Professoren reduziert, während die Anhänger der beiden moderateren Alternativmodelle 2 und 3 um 10 Prozentpunkte auf 40 % angewachsen sind. Umgekehrt gesehen hielten im WS 1990/91 die Hälfte aller Professoren eine Kontinuierung des Status quo nicht für das Wünschenswerteste. Das wurde allein deshalb nicht so sichtbar, weil diese Gegnerschaft sich auf drei Alternativen verteilte. Diese zunehmende Abwendung von der traditionellen "Einheit von Forschung und Lehre" geht mit einem abnehmenden Gefühl der Bedrohung durch die radikalste Alternative der völligen Auslagerung der Forschung aus den Hochschulen einher.

Ob diese Bedrohung tatsächlich geringer oder nicht vielmehr - wofür einiges spricht <sup>1</sup> größer geworden ist, kann hier dahingestellt bleiben. Die Einschät-

---

<sup>1</sup> Die Wachstumsraten von Personalstellen und Finanzen waren in der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, bei den Institutionen der "Blauen Liste" und den Großforschungseinrichtungen - mit Ausnahme des finanziellen Wachstums bei der MPG - überall deutlich höher als das Wachstum der Grundausrüstung der Hochschulen bei

zungsdaten zeigen jedenfalls: Wenn die Professoren den Eindruck gewinnen, daß dem als unbefriedigend eingestuften Status quo als realistisch erwartbare Möglichkeit nicht mehr nur die für die meisten von ihnen bedrohliche radikale Alternative einer völligen Auslagerung der Forschung aus den Hochschulen gegenübersteht, neigen sie in erheblichem Maße zu den beiden moderateren Alternativmodellen. An eine Realisierung dieser beiden Alternativmodelle glaubten allerdings im WS 1990/91 nur 23 % und damit viel weniger Professoren als im WS 1976/77. Man könnte vermuten, daß die Befürwortung beider Alternativen zum Status quo noch größer wäre, wenn mehr Professoren von ihrer Verwirklichbarkeit überzeugt wären. Doch unabhängig davon ergibt sich die Unzufriedenheit schürende Konstellation, daß viele Professoren der für sie unbefriedigenden hergebrachten "Einheit von Forschung und Lehre" keine als verwirklichter angesehenen Alternativen entgegensetzen können.

## 5 Fazit

Die zeitlichen Forschungsbedingungen der Professoren an den westdeutschen wissenschaftlichen Hochschulen sind - so lassen sich die Ergebnisse und Überlegungen dieses Beitrags resümieren - zwar nicht, wie üblicherweise befürchtet wird, seit Mitte der siebziger Jahre immer schlechter geworden. Die Professoren haben es vielmehr durch verschiedene Maßnahmen verstanden, dem Druck gestiegener Lehranforderungen standzuhalten. Dennoch ist dieses Ergebnis kein Anlaß für Entwarnung. Denn zum einen droht weiterhin aus einer unter fiskalischen Zwängen operierenden Bildungspolitik die Zumutung einer Erhöhung des Lehrdeputats der Professoren, wodurch deren für Forschung verfügbare Arbeitszeit wohl auf breiter Front unter das erforderliche Minimum gedrückt würde. Zum anderen ist auch schon die aktuelle Situation weit entfernt von dem normativen Prinzip einer "Einheit von Forschung und Lehre", wie die Professoren es hinsichtlich ihrer zeitlichen Forschungsbedingungen verstehen. Während die Professoren etwa gleich viel Zeit für beide Tätigkeiten aufwenden wollen, dominiert faktisch die Lehre - und zwar nicht bloß quantitativ, sondern auch derart, daß der Lehrbedarf vorgibt, was für die Forschung übrigbleibt. Die daraus genährte Unzufriedenheit etwa der Hälfte aller Professoren mit dem institutionellen Status quo der Hochschulen sollte nicht deshalb bagatellisiert werden, weil die meisten

---

Ausschluß der Hochschulkliniken (vgl. *Bundesminister für Forschung und Technologie 1981, S. 415; 1984, S. 292, 345, 374; 1990: S. 294, 343, 367, 395; Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1991, S. 204*).

Unzufriedenen keine realisierbare Alternative sehen und sich mißmutig in den Status quo fügen. Denn Unzufriedenheit ist, gerade in kreativen Tätigkeiten wie Forschung, nicht leistungsfördernd und schürt darüber hinaus Konflikte, die ebenfalls die Effizienz des an den Hochschulen Geleisteten mindern. Ob die Verbreitung von "Dienst nach Vorschrift" und Kleinkriegen unter den Professoren und mit den staatlichen Instanzen nicht bei genauerer Betrachtung und auf längere Sicht teurer kommen als die für eine Entspannung der Lage erforderlichen neuen Stellen, sollte zumindest eine Überlegung wert sein.

### Literaturverzeichnis

*Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) (1990):* Grund- und Strukturdaten 1990/91. Bonn

*Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) (1991):* Grund- und Strukturdaten 1991/92. Bonn

*Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.) (1981):* Faktenbericht zum Bundesbericht Forschung. Bonn-Bad Godesberg

*Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.) (1984):* Bundesbericht Forschung. Bonn-Bad Godesberg

*Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.) (1990):* Faktenbericht zum Bundesbericht Forschung. Bonn-Bad Godesberg

*Deutsche Forschungsgemeinschaft (1973):* Tätigkeitsbericht. Bonn

*Hochschulrektorenkonferenz (1992):* Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland. Entschließung des 167. Plenums am 6.7.1992. Bonn

*Infratest Sozialforschung (1977):* Befragung des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen zur Fortentwicklung von Lehre und Forschung. Wintersemester 1976/77. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. Unveröffentlichter Bericht. München

*Ipsen, D.; Portele, G. (1976): Organisation von Forschung und Lehre an westdeutschen Hochschulen. München .*

*Kienbaum Unternehmensberatung (1992): Hochschulmanagement: Probleme, Notwendigkeiten, Strukturen. Unveröffentlichtes Manuskript. Düsseldorf*

*Noelle-Neumann, E. (1980): Die Arbeitssituation der Professoren. Bonn-Bad Godesberg (Forum des Hochschulverbandes, Heft 22: 30 Jahre Hochschulverband, S. 41-53)*

*Schimank, U. (1992): Forschungsbedingungen der Professoren an den westdeutschen Hochschulen - Daten aus einer Befragung im Wintersemester 1990/91. Köln (Discussion paper 92/2 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung)*

*Sinn, H.-J. (1973): Bedeutung und Funktion der Forschung im stark expandierenden Tertiärbereich. Bonn (Forum des Hochschulverbandes, Heft 2: Forschungs- und Lehrkapazität, S. 26-67)*

*Westdeutsche Rektorenkonferenz (1975): Hochschulforschung - Luxus oder Lebensfrage?. Bonn-Bad Godesberg*

*Wissenschaftsrat (1988): Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren. Köln*

*Zacher, H. F. (1992): Zur strukturellen und finanziellen Lage der Forschung in Deutschland. o.O.*

Anschrift des Verfassers:

Uwe Schimank  
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Lothringer Straße 78

50677 Köln